



Bearbeiter/-in: Peter Görlich
Telefon: (089) 28 66 15 - 27
Telefax: (089) 28 66 15 - 38
E-Mail: peter.goerlich@bay-landkreistag.de
Aktenzeichen: I-860-40/tr

Landräteinfo

München, 25.04.2022

Explodierende Spritpreise und „9 für 90“-Ticket

Sehr geehrte Frau Landrätin,
sehr geehrter Herr Landrat,

die explodierenden Spritpreise stellen sowohl für die ÖPNV- als auch die Schulaufwandsträger eine große Herausforderung dar, zumal gerade im ländlichen Raum ganz überwiegend dieselgetriebene Busse zum Einsatz kommen.

In letzter Zeit haben uns vermehrt Anfragen erreicht, wonach die Verkehrsunternehmen bei den Aufgabenträgern Hilfe suchen. Die Preissteigerungen treffen zwar zunächst unmittelbar die Verkehrsunternehmen, die den notwendigen Treibstoff beschaffen müssen. Insoweit haben wir es sehr begrüßt, dass der Freistaat Abschlagszahlungen für den Ausgleich gemäß § 45a PBefG geleistet und die Auszahlung der ÖPNV-Zuweisungen vorgezogen hat. Diese Maßnahmen helfen den Unternehmen unmittelbar und verschaffen den Aufgabenträgern finanzielle Spielräume, um die Liquidität der Unternehmen durch Abschlagszahlungen zu stützen.

In diesem Kontext ist aber ebenfalls zu berücksichtigen, dass die Verkehrsunternehmen ihre Kostensteigerungen auf die Nutzer und Auftraggeber umlegen werden, weshalb unserer Einschätzung nach letztendlich die Aufgabenträger des allgemeinen ÖPNV und des Schülerverkehrs mit dem Großteil der Kosten belastet werden. Deswegen darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Unternehmen grundsätzlich das Preisrisiko in Bezug auf die Kraftstoffe tragen. Absehbare Preissteigerungen etwa infolge der angekündigten CO₂-Abgabe werden regelmäßig bereits in den bestehenden Verträgen und Tarifen abgebildet bzw. durch Preisgleitklauseln abgefangen. Gleiches gilt für normale Preisschwankungen. Zudem mildern staatliche Hilfsmaßnahmen (z. B. Steuersenkungen) unvorhersehbare Einflüsse, wie etwa der Ukraine Konflikt, zumindest teilweise ab.

Darüber hinaus können die Auswirkungen in jedem Einzelfall sehr unterschiedlich ausfallen. Insbesondere größere Betriebe, wie etwa die DB Regio Bus Bayern, haben unseren Informationen nach den Spritpreis zu einem Großteil abgesichert, weshalb die Betroffenheit dort nicht mit der Situation kleiner Busunternehmen vergleichbar sein dürfte. Letztere weichen dem Vernehmen nach beim Tanken – soweit möglich – auf das benachbarte Ausland aus und profitieren daher von den dort im Vergleich zu Deutschland teils deutlich günstigeren Spritpreisen. Diese Beispiele zeigen, dass auch

unter Wettbewerbsgesichtspunkten jeder Einzelfall individuell zu betrachten ist, um eine Überkompensation bei den Verkehrsunternehmen durch staatliche Hilfsmaßnahmen zu vermeiden.

Aufgrund dieses Umstandes hat sich der Erste Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, an den Bayerischen Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr sowie den Bayerischen Staatsminister der Finanzen und für Heimat gewandt und um ein Spitzengespräch gebeten. Ganz in Ihrem Sinne werden wir dort die von Ihnen angesprochenen Punkte einbringen und eine finanzielle Unterstützung für die ÖPNV- und Schulaufwandsträger einfordern. Über die Ergebnisse werden wir die Landkreise unverzüglich informieren.

Das „9 für 90“-Ticket halten wir für einen unüberlegten Schnellschuss des Bundes. Schon die Bezeichnung „9 für 90“ ist irreführend: richtigerweise sind es ja 27 (Euro) für 3 (Monate). Auch für die kommunalen Aufgabenträger stellt das Ticket eine Mogelpackung dar, denn unseren Informationen nach hat der Bund gegenüber den Ländern bisher nur den Ausgleich der Mindereinnahmen zugesagt. Offen ist noch, wer für den Mehraufwand infolge einer erhöhten Nachfrage etwa für zusätzliche Fahrzeuge und Personal sowie den bürokratischen Aufwand aufkommt. Es kann nicht sein, dass der Bund zu Lasten der Kommunen Geschenke verteilt! Und so schön eine Entlastung der Bestandskunden im ÖPNV auch ist, viel wichtiger für uns wäre ein Ausbau des Angebots. Denn unser Credo war schon immer: Angebot vor Tarif. Zudem müssen wir sehen, dass die Ticketpreise im ÖPNV derzeit nicht steigen, während andererseits die Autofahrer mit explodierenden Spritpreisen zu kämpfen haben – und diese Spritpreise zahlen auch die Busunternehmen. Wir wollen keine vorübergehenden Lockangebote im ÖPNV, sondern einen langfristig besseren Ausbau und eine dauerhaft ausreichende Finanzierung der Kommunen als Aufgabenträger. Das „9 für 90“-Ticket nutzt nämlich denjenigen Menschen nichts, für die der ÖPNV mangels Angebot keine Alternative darstellt.

Unabhängig von der Sinnhaftigkeit eines auf drei Monate befristeten Billigtickets hat sich der Bund offenbar im Vorfeld auch keinerlei Gedanken zur praktischen Umsetzung gemacht. Mit den vielen offenen Umsetzungsfragen lässt er bisher die Länder und Kommunen völlig allein. Aktuell gibt es wohl Überlegungen, wonach die Landkreise mit allen Verkehrsunternehmen zur Umsetzung entsprechende Verträge abschließen sollen, was einen enormen bürokratischen Aufwand nach sich ziehen wird. Nach wie vor liegen den verantwortlichen Aufgabenträgern vor Ort aber keine Unterlagen zur konkreten Abwicklung des Projekts vor, obwohl das Ticket bereits zum 1.6.2022 starten soll. Statt für drei Monate vorübergehend die Ticketpreise zu subventionieren, wäre es aus unserer Sicht wesentlich sinnvoller gewesen, die Mittel von geschätzt 2,5 Mrd. Euro für die Verbesserung des ÖPNV-Angebots sowie eine längerfristige Stabilisierung der Ticketpreise einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Andrea Degl

Geschäftsführendes
Präsidialmitglied